

Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik  
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien  
T 05 90 900-DW | F 05 90 900-269  
E [up@wko.at](mailto:up@wko.at)  
W [wko.at/up](http://wko.at/up)

Per E-Mail: [tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sachbearbeiter  
Up/0017/Hü  
DI Claudia Hübsch

Durchwahl  
3007

Datum  
13.10.2022

**Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 - 4. Novelle 2022, GSNE-VO 2013 - 4. Novelle 2022); Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Übermittlung des Entwurfs der Verordnung zur Änderung der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 und nimmt wie folgt Stellung:

## **I. Allgemeines**

Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf werden die mengenbasierten Fernleitungsentgelte erhöht, da die Fernleitungsnetzbetreiber die Kosten der für den Betrieb notwendigen Verdichterenergie mit den aktuell festgelegten Tarifen nicht erwirtschaften können. Die bestehenden Kapazitätsentgelte bleiben hiervon unberührt.

§ 82 Abs. 1 GWG 2011 gibt vor, dass die Tarife des Fernleitungsnetzbetreibers auf Basis einer von der Regulierungsbehörde mit Bescheid zu genehmigenden Methode zu erfolgen hat. Diese Methode wurde am 22. April 2020 mit Bescheid durch den Vorstand der E-Control genehmigt und das dazugehörige Kosten- und Mengengerüst festgestellt. Im Kapitel II.7 der genehmigten Methode wird Folgendes festgehalten: *„Bei einer maßgeblichen Überschreitung der Energiekosten und Kosten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate von Ist-Kosten zu Plan-Kosten ist eine entsprechende Erhöhung der geltenden Tarife auf Antrag des Netz-betreibers zu prüfen.“* Einen entsprechenden Antrag haben die Fernleitungsnetzbetreiber bei der Regulierungsbehörde erneut eingebracht.

## **II. Im Detail**

Auch wenn die Ursache für die Kostenanpassung nachvollzogen werden kann, wird zum aktuellen Zeitpunkt eine weitere Erhöhung der Kosten kritisch beurteilt. Die steigenden Energiepreise

führen bereits jetzt zu einer kritischen Situation für die Wirtschaft und insbesondere für die energieintensive Industrie.

Wir haben dies bereits in der Stellungnahme zur 2. Novelle 2022 der GSNE-VO 2013 angemerkt.

Die Wirtschaftskammer Österreich schlägt erneut vor, dass die erhöhten Kosten der Verdichtung nicht Eingang in den Kostenbescheid der E-Control finden sollten. Es wird gefordert, dass diese Kosten im Zuge eines Energiekostenausgleichs für das betroffene Unternehmen vom Staat übernommen werden. Das bedeutet, dass die Anreizregulierung wie geplant weiterlaufen würde und die Netzkostenverteilung auch.

Die Mitteilung „RepowerEU“ sieht solche Kostenübernahmen der Staaten jedenfalls befristet vor. Diese gilt es auch zu nutzen. Hier handelt es sich um Übernahme von Energiekosten und nicht um Netzkosten. Die für die Verdichtung anfallenden Kosten sind Energiekosten und können als solche auch von staatlichen Stellen kompensiert werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass die befristeten geänderten Vorschriften des Beihilfenrechts aufgrund des Ukraine Konflikts beachtet werden:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT\\_22\\_1949](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_22_1949)

In der Mitteilung der Kommission „Befristeter Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft infolge der Aggression Russlands gegen die Ukraine“ vom 23.3.2022 ist explizit unter Punkt 23 die Netzkostensenkung angeführt:

*„Maßnahmen, die auf gewerbliche Energieverbraucher abzielen, stellen keine staatlichen Beihilfen dar, sofern sie allgemeiner Art sind. Solche nichtselektiven Maßnahmen können beispielsweise in Form allgemeiner Steuer- oder Abgabenermäßigungen, eines ermäßigten Satzes für die Lieferung von Erdgas, Strom oder Fernwärme oder auch über gesenkte Netzkosten gewährt werden.“*

Es ist nicht nachvollziehbar, warum der befristete Krisenrahmen der EU erneut ignoriert und die Endverbraucher zusätzlich belastet werden.

### **III. Zusammenfassung**

Jedwede Erhöhung der Energiekosten unserer Mitglieder würde zum aktuellen Zeitpunkt deren ohnehin schon angespannte Lage noch weiter verschärfen. Dies gilt es zu verhindern, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Viele Betriebe können bereits jetzt die enormen Kostensteigerungen nicht mehr weitergeben.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen und stehen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Dr. Harald Mahrer  
Präsident

Karlheinz Kopf  
Generalsekretär

